Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7837**
16. Wahlperiode 23. 01. 2008

Antrag

der Abgeordneten Nicole Maisch, Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Ekin Deligöz, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Spielzeugrichtlinie modernisieren und Verbraucherschutz ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach mehreren Rückrufaktionen von Spielzeugen und Kinderprodukten dürfen politische Konsequenzen nicht länger verzögert werden. Rund vier Fünftel des Spielzeugs in Deutschland wird importiert, überwiegend aus China. Bis zu 39 Prozent der untersuchten Produkte „made in China“ geben dabei Grund zu Beanstandungen, wie die Antworten der Bundesregierung auf die Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 16/6256 und 16/7666) ebenfalls nahelegen.

Andere Staaten wie die Vereinigten Staaten von Amerika haben seit Längerem Aktionspläne aufgelegt, um ihre Konsumentinnen und Konsumenten besser zu schützen. Die Europäische Union muss sich hier den neuen Anforderungen, die globale Handelsströme mit sich bringen, innovativ und verbraucherfreundlich zuwenden und neue Initiativen zur Verbesserung der Produktsicherheit einleiten. Die Akzeptanz des europäischen Binnenmarktes durch Verbraucherinnen und Verbraucher steht in direktem Zusammenhang mit den getroffenen Sicherheits- und Aufklärungsmaßnahmen.

Unsichere Spielzeuge sind ein ernstes Problem, das dringend angegangen werden muss. Dabei hat sich das System der Eigenkonformitätserklärungen beim CE-Kennzeichen als untauglich erwiesen, die nötige Sicherheit zu garantieren. Die mangelhafte Rückverfolgbarkeit in der Produktions- und Handelskette muss grenzüberschreitend verbessert werden. Die Information der Öffentlichkeit und das Rückrufwesen bedürfen einer Modernisierung ebenso wie Kontrollsystematik und Berichtswesen. Besonderes Augenmerk muss die Spielzeugrichtlinie auf gefährliche und giftige Inhaltsstoffe wie Polyaromatische Kohlenwasserstoffe, Weichmacher und Schwermetalle legen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Bundesregierung soll bei den Beratungen des Richtlinienvorschlags darauf hinwirken, dass

1. das europäische CE-Kennzeichen novelliert und durch ein staatlich garantiertes Sicherheitssiegel ersetzt wird, das eine betriebsunabhängige Kontrolle für Verbrauchsgüter zur Pflicht macht;

2. das Recht auf Rückruf umfasst, dass unsichere Produkte unbefristet zurückgenommen werden und die Kosten für die Beseitigung der Schäden von den Unternehmen komplett zu übernehmen sind;
3. das Schnellwarnsystem RAPEX verbraucherrelevante Informationen unverzüglich an die Öffentlichkeit weitergibt und durch ein barrierefreies Informationsportal für Verbraucherinnen und Verbraucher ergänzt wird;
4. die Sicherheitsmaßnahmen von Unternehmen in der Spielzeuglieferkette durch ein festes Kontrollprogramm systematisch überprüft und die Prüfergebnisse regelmäßig veröffentlicht werden;
5. gefährliche Weichmacher und Polyaromatische Kohlenwasserstoffe (PAKs) ohne Ausnahme verboten werden;
6. die Grenzwerte bei Blei – das nach wie vor in bestimmten Mengen in Spielzeug erlaubt ist – und anderer Schwermetalle unter Mitsprache des Parlaments festgelegt werden. Das EU-Parlament muss hier ein eindeutiges Kontrollrecht erhalten.

Berlin, den 23. Januar 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333